Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Maria Mies: Verherrlichung von Kriegsspielen ist wieder in**
- **Silja Graupe und Walter Ötsch: Die Elitokratie**
- **Karin Leukefeld: Die Welteroberer**
- **Thierry Meyssan: Wofür steht die Schlacht von Daraa?**
- **'Veteran Intelligence Professionals for Sanity': Memorandum an den US-Präsidenten**
- **Junius: Die Selbstermächtigung des Europäischen Gerichtshofs**
- **Florian Linse: Lawrence Wilkerson erklärt USA-Außenpolitik**
- **Wolfgang Effenberger: Die Welt im Zangengriff der Milliardäre? Trump versus Soros**
- **sputniknews: US-Sanktionspolitik untergräbt Hegemonie des Dollars – Experte**
- **Ernst Wolff: Umkehr ausgeschlossen**
- **Michel Chossudovsky: Die "linken Intellektuellen" des Imperiums fordern Regime-Change**

Zitat des Monats von [George Orwell](#):

**In Zeiten globalen Betrugs
gilt es als revolutionäre Tat, wenn man die Wahrheit sagt.**

Editorial

Kriege finden nicht nur statt – es werden auch die Köpfe vor allem der Jugend darauf vorbereitet. Maria Mies erinnert daran anlässlich der Gamescom in Köln und zitiert einen **Aufruf gegen Kriegs“spiele“ und Kriegspropaganda**, der bereits vor 9 Jahren publiziert wurde. Das Thema Propaganda vertiefen ein Beitrag von Silja Graupe und Walter Ötsch mit einer grundsätzlichen Darstellung, wie **Propaganda** unsere Wahrnehmung beeinflussen und manipulieren kann.

Der aktuelle **Krieg in Syrien** wird von Karin Leukefeld historisch beleuchtet. Thierry Meyssan erinnert an die heiße Phase dieses Krieges, die 2011 bewusst von außen in Gang gesetzt wurde. In einem **Memorandum** von Geheimdienst-Veteranen wird US-Präsident-Trump aufgerufen, einerseits den in Idlib konzentrierten Aufständischen klar zu machen, dass ihre Sache verloren ist, und andererseits mit Russland eine präemptive Waffenruhe zu vereinbaren und öffentlich zu machen.

Zum Thema „Demokratie“ zeigen wir auf, wie der **Europäische Gerichtshof** sich bereits seit Jahrzehnten, aber auch aktuell Kompetenzen anmaßt, die selbst einen nicht fundamental-kritischen EU-Beobachter zur Empörung bringen.

Kritische Beiträge zur **US-Außenpolitik** aus den innersten Machtzirkeln selbst und zur mittelfristigen Aussichtslosigkeit der **US-Finanzpolitik** werden durch einen Beitrag von Wolfgang Effenberger in den historischen Zusammenhang seit dem Ersten Weltkrieg gestellt. Dass ein klarer Blick darauf und vor allem auf die Kriegstreiberei gerade linken Intellektuellen schwerfällt, stellt Michel Chossudovsky dar. Er ruft zu einem dichterem **Netzwerk der Friedensinitiativen** auf.

[Inhalt](#) ↑

• Maria Mies: **Verherrlichung von Kriegsspielen ist wieder in**

Die emeritierte Soziologie-Professorin Maria Mies ist entsetzt über die Kriegspropaganda, die anlässlich der jährlich in Köln stattfindenden Messe 'Gamescom' stattfindet. Die Öffentlichkeit sollte begeistert werden für die "fantastischen Welten und die Möglichkeiten der virtuellen Spiele". Kinder und Jugendliche werden mit Kriegsnostalgie und Fortschritten in der Kriegstechnologie vertraut gemacht. Der Hauptbetreiber der Veranstaltung, 'Electronic Arts' mit Sitz in Köln, wird [nicht daran gehindert, massenhaft Kriegs“spiele“ zu bewerben](#) und zu verkaufen. Im Gegenteil: sogar die Kirche beteiligte sich an der Propaganda und stellte, wohl in der Hoffnung, selbst bei der Jugend punkten zu können, den Kölner Dom für eine begleitende Lichtperformance zur Verfügung.

Maria Mies erinnerte 2016 an den Kölner Aufruf gegen Computergewalt aus dem Jahr 2009, der von tausenden Menschen unterschrieben worden war. Er ist fast 10 Jahre später leider aktueller denn je.

Rudi Hänsel macht an anderer Stelle auf zwei kritische Stellungnahmen des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen von 2016 aufmerksam, die andere Forschungsergebnisse stützen: Das Spielen von gewalthaltigen Videospiele erhöhe die Wahrscheinlichkeit, dass "aggressives Verhalten sowohl in kurzzeitigen wie auch in langzeitigen Zusammenhängen auftritt. [Solche Spiele steigern auch das aggressive Denken und die aggressiven Effekte und vermindern pro-soziales Verhalten](#)". Hänsel weiß, dass die meisten Computerspiele von einem Netzwerk von US-Militär und Unterhaltungsindustrie mit dem Ziel entwickelt werden, "den gegenwärtigen und zukünftigen Kriegen zuzuarbeiten und sie propagandistisch zu begleiten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen mithilfe dieser Produkte

verharmlost, die Legitimität des eigenen Engagements unterstützt, Feindbilder geschaffen und damit ein Beitrag zur gewünschten politischen Sozialisation der jugendlichen Nutzer geleistet werden“.

[Maria Mies](#), Jg. 1931, anfangs Realschullehrerin, dann Deutschlehrerin in Indien und anschließend Soziologie-Professorin, gehört zu den Gründerinnen des ersten deutschen Frauenhauses und der deutschen Frauenforschung. Sie ist strikte [Globalisierungs- und Kriegsgegnerin](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Silja Graupe und Walter Ötsch: **Die Elitokratie**

Für die Autoren wird heute mehr gelogen als je zuvor und die Eliten wissen ganz genau, was sie tun. Das zentrale Ziel der Eliten ist der manipulative Zugriff auf die inneren Bilderwelten der Menschen und die Steuerung der öffentlichen Meinung. Grundlagen und Methoden der umfassenden Einflussnahme auf Bürger und Individuen wurde bereits 1922 in den USA durch Walter Lippmann erkannt und formuliert.

Seine glänzende Analyse ist heute aktueller denn je: Wer begreifen will, [wie die Methoden zur Meinungsmanipulation funktionieren](#), und sich gegen den Zugriff auf die eigenen Vorstellungswelten und Meinungsbildung wehren will, kommt an der Lektüre des Klassikers “Die öffentliche Meinung“ von Walter Lippmann, aus dem Rubikon einen exklusiven Auszug veröffentlicht, nicht vorbei. Lippmann hatte mit seinem Thema “Propaganda“ auf die US-Elite sehr großen Einfluss, blieb aber in Europa wenig bekannt. Die Autoren sehen in dem Buch weniger ein Werk der Propaganda als vielmehr eine Anregung zum Denken und Debattieren und geben vorab eine Zusammenfassung von Lippmanns Sicht:

Um die moderne Gesellschaft zu verstehen und der Frage nachzugehen, wie sie gestaltet werden kann, formuliert Lippmann in seinem Kerngedanken: Menschen verfügen über keinen einfachen und direkten Zugang zu der “äußeren Welt“, stattdessen ist eine “Pseudoumwelt“ dazwischen angesiedelt. Allein auf diese Vorstellungswelt, die sich die Menschen selber schaffen, ohne über sie vollständig verfügen zu können, reagieren Menschen. Aber ihr Handeln hat Folgen – nicht in der Vorstellungswelt, sondern in der Realität, der Handlungswelt. Wer diese Vorstellungswelt beherrscht, beherrscht uns Menschen.

Da die Wirklichkeit “insgesamt zu groß, zu komplex und auch zu fließend ist, um direkt erfasst zu werden“, erfahren wir sie größtenteils sekundär über die Medien. Die von Dritten entworfenen Bilder von fernen Ereignissen, die nicht mit der äußeren Welt übereinstimmen müssen, involvieren uns eher nicht und motivieren daher kaum zum direkten Handeln. Es werden allenfalls Ersatzhandlungen angeregt (statt Hunger zu bekämpfen, wird eine Spende vorgenommen).

Die Macht, die den Bild generierenden Dritten gegeben ist, reicht nach Lippmann so weit, dass auch unsere Wahrnehmung der selbst erfahrenen Wirklichkeit durch die Bilder Dritter und den durch diese Bilder vermittelten Stereotypen beeinflusst wird. – All das betrifft nicht nur das individuelle Erkennen und Handeln, sondern vor allem - das ist Lippmanns zentrales Anliegen - jede Form der Politik.

[Silja Graupe](#), Jahrgang 1975, ist Professorin für Ökonomie und Philosophie sowie Leiterin des Instituts für Ökonomie und Vizepräsidentin an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues an der Mosel. [Walter Ötsch](#) ist ebenfalls Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte an der Cusanus Hochschule sowie Kommunikationstrainer sowie gefragter Experte für Rechtspopulismus. Zuletzt erschienen von ihm “[Haider Light. Handbuch für Demagogie](#)“ und “[Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung](#)“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Die Welteroberer**

Syrien hat eine Brückenfunktion, die über Jahrtausende Kontinente und Kulturen miteinander verbunden hat. Allein in den letzten gut hundert Jahren ist es zum [Schauplatz kolonialer und geopolitischer Auseinandersetzungen](#) geworden. 1916 wurde das Land als ehemalige Provinz des zerfallenden Osmanischen Reiches durch das geheim gehaltene Sykes-Picot-Abkommen als unabhängiger Staat für die arabische Nationalbewegung vorgesehen und auf der Pariser Friedenskonferenz durchgesetzt.

Eigentlich wollten aber 70% die Bevölkerung in der Levante nicht die von Großbritannien letztlich durchgesetzte Teilung von Syrien und Palästina. Die Menschen wollten volle Unabhängigkeit, keine jüdische Einwanderung und keinen zionistischen Staat, der 1917 von Großbritannien mit der Balfour-Erklärung versprochen worden war.

1922 legte Frankreich im Rahmen seines Völkerbund-Mandats einen Teilungsplan für das von französischen Truppen besetzte Syrien vor. Alle Versuche der Syrer, politische Unabhängigkeit zu erreichen, wurden von Frankreich behindert, blockiert, blutig niedergeschlagen. Das Mandat endete 1943, aber die Franzosen zogen erst 1946 ab.

Dem 1946 unabhängig gewordenen Syrien wurde seine Ablehnung des Staates Israel, der 1948 mit militärischer Gewalt gegründet wurde, zum Verhängnis. Mit dem Putsch von 1949 wurde mit CIA-Beteiligung Präsident al-Quwatli gestürzt, der Israel und den Bau der Transarabischen Pipeline vom Persischen Golf ans Mittelmeer mit US-Beteiligung ablehnte. Weitere Putschs zeugen von den widerstrebenden Parteien, deren Interessen von den Interessen und dem Geld der regionalen Akteure und deren internationalen Partnern durchzogen waren. Nach dem Überfall Israels auf die Golanhöhen, die Sinai Halbinsel und das Westjordanland im Juni 1967, kam es zu weiteren Kriegen in der Region. 1974 entsandte die UNO Blauhelme auf die entmilitarisierten Golanhöhen. Die Atommacht Israel wurde zum westlichen Vorposten in der Levante, das säkulare, sozialistische und fortschrittliche Syrien zum Frontstaat zwischen dem Westen und der Sowjetunion.

Ein Aufstand der Syrischen Muslimbruderschaft endete 1978 mit deren politischem Asyl in Großbritannien und Deutschland. 1979 verbündete sich Syrien mit dem Iran und der kurdischen Arbeiterpartei PKK. 1989 verlor Syrien seine Schutzmacht Sowjetunion. Die von den USA unterstützten Bemühungen um einen Frieden auf dem Golan blieben erfolglos.

Nachdem 2000 Bashar al-Assad zum Präsidenten Syriens gewählt wurde, begann die EU mit Bemühungen Syrien als neuen Absatzmarkt für sich zu gewinnen. Von dem regen Austausch profitierten vor allem die junge syrische Generation. Aber in der Region blieb es sehr instabil: Als 2003 der Irak angegriffen wurde, verweigerte Syrien eine Koalition mit den USA. Für den Anschlag auf den libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri 2005 wurde die syrische Regierung verantwortlich gemacht. Während des israelischen Krieges im Libanon wurde 2006 eine angeblich im Bau befindliche Atomfabrik bombardiert.

Trotz alledem erlebte Syrien eine Blütezeit, aber Frankreich wollte Assad gestürzt sehen und half eine entsprechende Agenda zu entwerfen. Frankreich, Großbritannien und Deutschland förderten "zivilgesellschaftliche Gruppen", die als "moderate Opposition" und "Bürgerjournalisten" dargestellt wurden. 2011 begannen regionale und internationale Geheimdienste von der Türkei, vom Libanon, von Irak und Jordanien aus, Geld, Kämpfer, Waffen und Logistik nach Syrien zu schleusen. Es begann eine humanitäre, zivilgesellschaftliche Intervention in Syrien, wie die Welt sie noch nicht gesehen hatte.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thierry Meyssan: Wofür steht die Schlacht von Daraa?**

Die Feindseligkeiten in Syrien nahmen in Daraa ihren Anfang. Ab dem 04.02.2011 ruft das Facebook-Konto "Syrian Revolution 2011" dazu auf, jeden Freitag gegen die 'Arabische Republik Syrien' zu protestieren. Laut Al-Dschasira werden am 16.02.2011 in Daraa 15 Jugendliche (und anschließend 8 ihrer Klassenkameraden) mehrere Stunden von der Polizei festgenommen, weil sie gegen Präsident Al-Assad gerichtete Graffiti auf Wände gesprüht haben. Die Behauptung, sie seien gefoltert worden, ist niemals bestätigt worden. Die von der angelsächsischen Presse veröffentlichten [Videos und Interviews sind schrecklich, entsprechen aber nicht den katarischen Originalberichten](#), noch dem, was vor Ort überprüft werden konnte.

Am 15.03.2011 auf einer Demo von Amtsträgern in Daraa erhobene Forderungen an die Regierung werden zwei Tage später durch bedeutende soziale Maßnahmen beantwortet. Am 18.03.2011 werden auf einer Demo in Daraa sowohl gegen die Polizei als auch gegen die Demonstranten Schüsse unbekannter Herkunft abgefeuert. Die Ereignisse geraten dann völlig außer Kontrolle. Der Justizpalast und seine Archive werden in Brand gesteckt, während eine Gruppe Randalierer die Stadt verlässt, um ein nahegelegenes Zentrum der militärischen Nachrichtendienste für die Überwachung der israelischen Besatzungstruppen auf dem Golan anzugreifen.

Danach hat US-Senator McCain zugegeben, mit den Leitern der Dschihadisten ständig in Kontakt gewesen zu sein. Der der Hariri-Partei nahestehenden libanesischen Abgeordneten Okab Sakr hat zugegeben, Waffentransport nach Syrien beaufsichtigt zu haben. Der saudische General Anwar Al-Eshki (der offizielle Verhandlungsführer seines Landes mit Israel) prahlte damit, dass Riad vorher schon Waffen in die Al-Omari Moschee verlegt habe.

[Thierry Meyssan, Jg. 1957, Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse. \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

- 'Veteran Intelligence Professionals for Sanity': **Memorandum an den US-Präsidenten**

Die ehemaligen US-Geheimdienstprofis für Vernunft (Veteran Intelligence Professionals) haben sich erneut mit einem Memorandum an den US-Präsidenten Donald Trump gewandt, um ihn [vor einem wegen Idlib drohenden großen Krieg mit Russland zu warnen](#). Weil die syrischen Streitkräfte mit Unterstützung Russlands einen entscheidenden Schlag gegen die dschihadistischen Extremisten im Gouvernement Idlib führen wollen, sei die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen USA und Russland größer als jemals zuvor.

Sie schlagen Trump vor, eine gemeinsame öffentliche Erklärung mit dem russischen Präsidenten abzugeben, in der beide versichern, alles tun zu wollen, um einen offenen Konflikt zwischen Streitkräften der USA und Russlands auszuschließen. Dies sei dringend erforderlich, um einen größeren Krieg zu verhindern.

In ihrem letzten Memorandum hatten die Veteranen [vor einem Krieg gegen den Iran gewarnt](#), der mit gefälschten Informationen aus Israel begründet werden soll.

[Inhalt](#) ↑

- **Junius: Die Selbstermächtigung des Europäischen Gerichtshofs**

Aufgabe des EuGH ist es, [bei der Auslegung und Anwendung der Europäischen Verträge das Recht zu wahren](#).

[Tatsächlich schaffen die Richter oft Tatsachen ohne Rechtsgrundlagen](#) im geltenden Recht von Mitgliedsstaaten. Das war in den Römischen Verträgen nicht so vorgesehen, wird aber bereits seit 1963 zunehmend praktiziert.

Der EuGH macht "heute mehr denn je Politik am ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zwischen Kommission, Rat und Parlament vorbei", getreu dem Leitmotiv: gegen die Mitgliedstaaten und für die europäische Integration.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht verweist zwar darauf, dass Unionsrecht nicht unbegrenzt gilt, sondern durch nationales Verfassungsrecht begrenzt wird – aber das bleiben Worte solange nicht eine europäische Bürgerinitiative auf dieser Basis tätig wird und für entsprechende Durchsetzung sorgt. Die EU ist eben kein demokratischer Staat mit eigener Staatsgewalt, es gibt kein EU-Staatsvolk, das EU-Parlament hat keine Haushaltshoheit etc. Jüngstes Beispiel für die Anmaßung: Am 05.06.2018 urteilte der EuGH, dass die Begriffe "Ehe" und "Ehegatte" geschlechtsneutral auszulegen seien, womit den Mitgliedsstaaten abgesprochen wird, selbst zu definieren, was sie im Rahmen ihrer Kulturgeschichte unter Ehe und Ehegatte verstehen wollen. Mit der ursprünglichen Aufgabe des EuGH, die Europäischen Verträge rechtlich auszulegen und durchzusetzen, hat dieses Urteil nichts zu tun.

Wir finden es bemerkenswert, dass das europäische Gesetzgebungsverfahren überhaupt als "ordentlich" bezeichnet wird, obwohl gleichzeitig von der EU als einem Nicht-Staat die Rede ist – aber selbst aus dieser halbherzigen Sicht heraus der EuGH als anmaßend erkannt wird. (Red.)

Junius steht für eine Gemeinschaft von Informanten und Redaktion des IDAF e.V. (Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e.V.). Das Institut ist partei- und konfessionsübergreifend und will über Verbreitung von Ergebnissen interdisziplinärer Forschung eine Wertedebatte in unserer Gesellschaft anstoßen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Florian Linse: **Lawrence Wilkerson erklärt USA-Außenpolitik**

Lawrence Wilkerson, u.a. Stabschef des ehemaligen US-Außenministers Powell, hat als Insider die Vorgänge in den Machtzirkeln der USA nicht mehr ausgehalten und ist an die Öffentlichkeit gegangen. In einem Vortrag und der anschließenden Fragerunde erzählt er an einigen Stellen recht autobiographisch, teils anekdotenhaft von Geschehnissen in den Zentren der Macht. Der Autor gibt eine Zusammenfassung des Vortrags.

In der Ära nach Eisenhower herrschte mit wenigen Ausnahmen die Auffassung: "[Zum Teufel mit dem Rest der Welt](#)". So manche außenpolitische Beziehung konnte verdeckt aufrechterhalten werden, wie z.B. mit Deutschland über den damaligen Außenminister Joschka Fischer. Mit der zitierten Einstellung wurde eine Unzahl von Regierungsstürzen mittels verdeckter Operationen durchgeführt, während Reagans Präsidentschaft allein 58. Bis solche Tatsachen an die Öffentlichkeit kommen, vergehen wie beim Sturz des iranischen Präsidenten 60 Jahre unter Eisenhower.

Die zentrale Strategie der US-Außenpolitik ist die Sicherstellung eines Machtgleichgewichts ("Balance of Power") in der jeweiligen Region – unter der Kontrolle der USA. Allerdings hat das Weiße Haus die Abläufe nicht immer unter Kontrolle. Die US-Führung ist außenpolitisch nicht einheitlich. So könne der CIA durchaus dem Präsidenten nicht alle Informationen zur Verfügung stellen oder eigenmächtig handeln.

Zum Ukraine-Konflikt macht Wilkerson darauf aufmerksam, dass die Ukraine ein Drittel der schweren Waffen für Russland lieferte und auf der Krim Russlands wichtigste Marine-Stützpunkt angesiedelt ist. Der Konflikt diene auch dazu auszutesten, welchen Widerstand Russland zu leisten vermag. Begleitet wurde der Konflikt, wie bei anderen außenpolitischen Handlungen auch, von manipulierenden Medien.

Wilkerson kommt zu dem Schluss: "Man kann also tatsächlich nicht davon ausgehen, dass das Weiße Haus die Abläufe immer unter Kontrolle hat. Die US-Führung ist außenpolitisch nicht einheitlich. Gewisse Kräfte können wohl unter Zuhilfenahme von 'Instrumenten' wie dem CIA Vorgänge in Bewegung setzen, die nicht den Anordnungen des Präsidenten oder anderer politischer und militärischer Führungskräfte entsprechen. Damit handeln sie sogar eigenmächtig ohne Anweisung in Situationen, die nach den Statuten eigentlich der Freigabe von ganz oben

bedürften. Damit werden Fakten geschaffen, die die eigentliche Führung kompromittieren können. Ein Präsident beispielsweise kann solche Vorgehensweisen oft nicht einmal aufdecken, weil er sich, seine Regierung oder sogar den Staat USA der Lächerlichkeit preisgeben würde.“

Ergänzend dazu sei auf folgende Beiträge verwiesen (Red.):

Dass die US-Regierung von Präsident Trump nicht einheitlich agiert, erklärt sich u.a. durch eine Wortmeldung in der 'New York Times'. Danach seien "viele wichtige Mitarbeiter in seiner eigenen Regierung ständig damit beschäftigt", einen Teil von Trumps "wirrer Agenda und seiner unausgegorenen [Entscheidungen zu vereiteln](#)".

Weitere Akteure, die eine Kontrolle der Politik durch Trump torpedieren, stellt der "[McMaster-Flügel](#)" dar. Diesem und den ihm nahestehenden Akteuren diesseits des Atlantiks geht es vor allem darum, "den US-Präsidenten davon abzuhalten, ihnen ein ums andere Mal in die Parade zu fahren und ihn auf die Rolle eines Grüßaugust zu beschränken" – und abseits regelmäßiger rhetorischer Querschüsse zeigt die praktische US-Politik der letzten Monate nach Einschätzung der 'Informationsstelle für Militarisierung' (IMI), dass dies weitgehend gelinge.

[Inhalt](#) ↑

- **Wolfgang Effenberger: Die Welt im Zangengriff der Milliardäre? Trump versus Soros**

In zwei Videos ([Teil 1](#), [Teil 2](#), jeweils ca. 0h50, vom April 2017) wird das Gespräch von Wolfgang Effenberger mit Michael Friedrich Vogt wiedergegeben:

Dem von George W. Bush propagierten Krieg gegen den Terror fügte sich die Politik Obamas nahtlos an. Unter dem Deckmantel "Freiheit und Demokratie" zettelte Obama weitere Kriege im Nahen Osten an und beschwor mit dem Putsch in der Ukraine die Gefahr eines noch nicht gebannten dritten Weltkriegs herauf, in dem deutsches und europäisches Territorium als Schlachtfeld eines Krieges mit Russland nachhaltig zerstört würde.

Die Hegemonialpolitik der USA basiert seit 1898 auf Lüge und Betrug. Ähnlich wie das 'Britische Empire' im Fall von Palästina, ziehen die US-Strategen Regierungen oder radikale Rebellen mit Hilfe von Versprechungen auf ihre Seite und instrumentalisieren sie für ihre Interessen. Das Ergebnis: Überall Konflikte, Terror, Aufstände und das Abdriften ins Chaos, in dem ganze Länder versinken. Die USA geben vor, zusammen mit ihren Verbündeten in NATO und EU für Frieden und Demokratie zu sorgen – stattdessen finanzieren sie mit Hilfe der NGO's radikale Rebellen und militärische Interventionen.

Dabei spielen die Organisationen des Spekulanten George Soros eine wichtige Rolle. Er strebt eine stabile, erdrückende Ausbeuter-Herrschaft auf dem gesamten Globus an, kombiniert mit einer ebenso stabilen, erdrückenden Herrschaft des Westens über den Rest der Welt. Das Verbreiten von Chaos ist dabei vorübergehend Mittel zum Zweck, denn im "Kreativen Chaos" lassen sich eigene Herrschaftsstrukturen aufbauen (siehe Jugoslawien und Ukraine). Die Hintermänner von Soros kommen aus dem Umfeld der transnational agierenden Finanzelite und einiger US-Geheimdienste.

Auch der Aufstieg des 'Islamischen Staates' war eine absichtsvolle Entscheidung der USA. Aussagen ehemaliger führender Politiker und Berater der USA belegen die Instrumentalisierung radikaler Islamisten für die Macht- und Geopolitik der USA seit Juli 1979. Die Liste der provozierten "Regime-Changes" unter dem Etikett "Freiheit und Demokratie" ist lang.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die militärischen US-Strategiepapiere. So umreißt das Papier TRADOC 525-5 von 1994 die Rolle der Streitkräfte für das 21. Jahrhundert, das als "Jahrhundert des weltweiten Krieges widerstreitender Ideologien" bezeichnet wird. Man befinde sich in einer dynamischen Ära, einer "Welt im Übergang" – eine blumige Umschreibung für blutige Kriege. Im Folgepapier TRADOC 525-3-1 von 2014 "Win in a Complex World 2020-2040" werden die US-Streitkräfte angewiesen, sich auf die Beseitigung der Hauptbedrohung der Seemacht USA durch die Landmächte Russland und China einzustellen.

Im Licht der historischen Fakten erscheint der erste Weltkrieg, dessen Bruchlinien sich auch heute wieder schmerzlich zeigen, in einem imperialen Zusammenhang. Von beiden Weltkriegen hat die Machtelite aus Bankern und Rüstungsindustriellen enorm profitiert. Steuern wir nun auf einen dritten Weltkrieg zu? Es darf keinen Großen Krieg gegen Russland geben!

Dieses Gespräch sowie die Bücher [“Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt“](#), [“Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete“](#) und [“Europas Verhängnis 14/18. Die Herren des Geldes greifen zur Weltmacht“](#) (siehe hierzu auch das im Internet verfügbare Kapitel [Resümee und Ausblick](#) des letztgenannten Buches) von Wolfgang Effenberger sind sehr gute Ergänzungen zu dem Buch "Die deutschen Katastrophen. 1914 bis 1918 und 1933 bis 1945 im großen Spiel der Mächte" von Andreas von Bülow. (Red.)

[Wolfgang Effenberger](#); Jahrgang 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● sputniknews: **US-Sanktionspolitik untergräbt Hegemonie des Dollars – Experte**

Die USA führten derzeit gegen ein Zehntel der Länder der Welt einen Wirtschaftskrieg, deren gesamte Bevölkerung fast zwei Milliarden Menschen betrage und das zusammengesetzte Bruttoinlandsprodukt (BIP) liege bei über 15 Bill. Dollar, meint Gal Luft, Ko-Direktor des Instituts für die Analyse der globalen Sicherheit und leitender Berater beim US-Rat für Energiesicherheit. Mittlerweile sei die Anzahl der betroffenen Länder und Personen [auf eine kritische Masse angewachsen](#), die sich zusammenschließen wird, "um ein paralleles Finanzsystem zu entwickeln, das außer Reichweite von Amerikas langem Arm liegen wird".

Dies würde "eine transformierende Auswirkung auf die US-Position auf der globalen Ebene" haben, da diese Position nicht nur auf der militärischen Stärke, sondern auf Anerkennung des Dollars als Reservewährung beruht. Das Durchbrechen der US-Vorherrschaft werde daher vor allem auf dem Energiemarkt versucht werden. Gelingt dies, so werde es durch die riesigen Staatsschulden der USA bedingt ein hartes Erwachen geben.

[Inhalt](#) ↑

● Ernst Wolff: **Umkehr ausgeschlossen**

Ernst Wolff warnt vor dem Zustand des Finanzsystems und der Rolle der Zentralbanken in diesem System. Das Ende des billigen Geldes, das die Finanzmärkte bis heute aufbläht, hält Wolff angesichts der Entwicklungen und Erfahrungen seit 1944 für ausgeschlossen. Die Ankündigung der Zentralbanken, die lockere Geldpolitik zu beenden, kann also ohne Übertreibung als das [Einläuten der Endphase des gegenwärtigen globalen Finanzsystems](#) betrachtet werden.

Wolff warnt vor dem menschenverachtenden Kalkül, dass nämlich ein Krieg mit dem Verschleiß riesiger Mengen an Waffen und zu massiver Zerstörung mit der anschließenden Gelegenheit zum Wiederaufbau führen würde. Dies würde das globale Finanzsystem nicht retten sondern nur den dahinsiechenden Patienten noch eine Weile länger am Leben erhalten.

[Ernst Wolff](#), Jg. 1950, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA Philosophie und Geschichte. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik. Autor des Buches "Weltmacht IWF - Chronik eines Raubzugs" war. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michel Chossudovsky: **Die “linken Intellektuellen“ des Imperiums fordern Regime-Change**

In Nordamerika und in Westeuropa ist [ein auf Täuschung beruhender sozialer Aktivismus entstanden](#), der vom Konzern-Establishment gefördert und kontrolliert wird. Dieser manipulierte Prozess hat nach Michel Chossudovsky den gesellschaftlichen Widerstand gegen Krieg, Rassismus und soziale Ungerechtigkeit gespalten und macht die Bildung einer neuen Massenbewegung unmöglich.

Konzerneigene Stiftungen finanzieren NGOs. Diese inszenieren und sponsern wiederum Proteste mit dem Ziel, bestehende gesellschaftliche und militärische Planungen durchziehen zu können. So gehören Aktivisten wie Noam Chomsky und Tariq Ali zu den “linken Intellektuellen“, die die Friedensbewegung weltweit desorientieren.

So sind beide Aktivisten für eine Ablösung von Syriens Präsident Baschar al-Assad. Diese Haltung entspricht der Haltung der Kriegstreiber. Somit ist es solchen Aktivisten nicht möglich, die Legitimität der Kriegstreiber in Frage zu stellen.

Daher muss sich die Friedensbewegung mit Repräsentanten wie Chomsky und Ali auseinandersetzen und sich anders aufstellen. Nach Chossudovsky brauchen wir den Aufbau eines dichten Netzes lokaler Friedensinitiativen, das die Autoritäten und Entscheidungsgremien, die zum Krieg treiben, entlarvt und anklagt. Dieses gesellschaftlich umfassend aufgestellte Netz muss den Streitkräften die Rechtswidrigkeit der Kriege erklären und der Desinformation von Medien durch Boykottmaßnahmen begegnen.

[Michel Evgenij Chossudovsky](#) (Jg. 1943) war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑